

Notizen von der Querfront (Februar `26, I)

An Putins Nadel

Seit Kanzler Merz unter erhöhten Reformdruck geraten ist, erfährt Gerhard Schröders einstige Agenda selbst in konservativen Kreisen ein Spätlob nach dem anderen. Er wäre wohl nicht mehr der eiskalte Situationist, wenn er solche Gunst der Stunde nicht für sich und seinen weltweit angeprangerten Freund im Kreml zu nutzen versuchte. Bislang hatte Schröderer seine Kritik an Putins Überfall auf die Ukraine mit der knappest möglichen Distanzierungsformel kommentiert, der Krieg sei ein „Fehler“. Dazu war er juristisch gezwungen worden, um seinem Rausschmiss aus der SPD zu entgehen. Doch eine Begründung für das „Fehler“-Eingeständnis lieferte er erst viel später. Diese lief freilich nicht auf eine moralische Verurteilung, sondern - im Gegenteil - auf ein Sonderlob des befreundeten russischen Machthabers hinaus, der doch sein Land militärisch so gut gewappnet habe, dass von einem NATO-Beitritt der Ukraine nichts zu befürchten sei.

Inzwischen legte Schröder den Befund der „Völkerrechtswidrigkeit“ nach, wohl um dessen Beliebigkeit wissend. *Erinnern wir uns:* Bereits die Annexion der Krim hatte Schröder wegen des fehlenden

UN-Mandats feige auf eine Stufe mit seinem Einsatz im Kosovo-Krieg 1999 gestellt, um sich an der weltweiten Empörung über die Okkupation nicht beteiligen zu müssen. Aber Schröder wäre nicht Putins schlitzohriger Vasall, wenn er seine erweiterte Distanzierung nicht in eine „Zwar, aber“-Relativierung gepackt hätte. Zwar sei der Krieg „völkerrechtswidrig“, man dürfe aber deshalb nicht in eine „Dämonisierung“ Russlands „auf ewig“ verfallen. „Auf ewig“ meint offenbar, dass keiner eine Friedensrechnung ohne seinen Wladimir machen sollte, wie etwa Ex-Botschafter Wolfgang Ischinger oder der außenpolitische Experte Christoph von Marschall, die sich einen Waffenstillstand und Friedensschluss nicht mit, sondern nur jenseits von Putin vorstellen können.

Merke: Eine „Dämonisierung“ oder „Phobie“ beklagen immer nur solche, die hinter einer glaskaren moralisch begründeten Verurteilung eine überzogene Generalverdammnis auszumachen glauben. Dass Schröder gegen eine solche „Dämonisierung“ auch aus ureigennützigem Interesse arbeitet, liegt auf der Hand. Weshalb auch die fremd sich Schämenden in seiner eigenen Partei mittlerweile die Mehrheit stellen dürften, wenn der Name Schröder fällt. Andererseits gibt es leider auch peinliche Genossinnen und Genossen, die Schröders volle Taschen weiterhin als Entspannungssymbol wahrzunehmen scheinen. Es macht deutlich, dass bei einigen die sozialdemokratische Friedensrhetorik inzwischen auf

das Niveau von Trumps *deal making* geschrumpft ist, bar jeder moralisch-menschenrechtlichen Nuance. Lars Klingbeil, der Co-Vorsitzende, wusste, wem er das schwache Ergebnis seiner Wiederwahl auf dem letztjährigen Parteitag zu verdanken hatte, als er bei seiner Wahlannahme klar machte, dass in Sachen Ukraine mit ihm eine Rückkehr zur alten Appeasement-Politik nicht zu machen sei.

Journalistische Abstauber

Stets findet sich ein journalistischer Abstauber, der den Ex-Kanzler sensationsgierig mit einem Mikro bedient oder Platz für ein paar heikle Zeilen zur Verfügung stellt. Man möchte nicht die Anzahl der vergeblichen Versuche eines Markus Lanz gezählt haben, den moralisch Gestrauchelten in seine Sendung zu hieven. Und ebenso möchte man die mutmaßlich unverschämten Bedingungen des Angefragten nicht erfahren, an denen sein Auftritt jeweils scheiterte.

Diesmal ist es die Berliner Zeitung, die sich herabließ, weil uns Putins Ex-Kanzler aus ihrer Sicht Wichtiges mitzuteilen hatte: dass wir den Schurkenstaat seines Busenfreundes nicht „dämonisieren“ sollten. „Russland, das ist nicht das Land der Barbaren“, tremolierte er den Sound von Kreml-Trommlern wie Krone-Schmalz oder Dietmar Bartsch. Es sei ein großes Land mit Kultur, Tradition und partnerschaftlicher Geschichte, bädeckert

der große Kunstkenner, dessen Schaufensterreden als Kanzler und Parteivorsitzender nie über Brechts Kinderhymne hinausreichten. Und die Hinweise auf Putins Untaten im Innern des Landes pflegt der deutsche Freund kulturell relativistisch wegzuhauen, d.h. in ein Toleranzproblem des Westens umzubiegen oder als diplomatisch irrelevant abzutun.

„Er stinke nach russischem Gas“, wurde in Estland Schröders Beitrag in der *Berliner Zeitung* kommentiert. Als „schlichtweg entsetzlich“ empfand der estnische Außenminister Margus Tsahkna den „heimtückischen Versuch, Europa zu spalten“, um Druck von Russland zu nehmen und die Gasgeschäfte wieder zum Laufen zu bringen - in einem Moment, da die EU beschloss, endgültig bis 2027 aus dem russischen Gas-Import auszusteigen. Er hänge „an der Nadel von Putins Gas“, an seinen Händen „klebe ukrainisches Blut“, schallt es deftig auch aus Regierungskreisen in Kiew. Die alte Russland-Politik mehrerer deutscher Regierungen sei mitverantwortlich für den totalen Krieg gegen die Ukraine. Jahrelang habe eine Beschwichtigungspolitik mit der Parole „Wandel durch Handel“ Vorrang gehabt, in der aberwitzigen Hoffnung, Handel könne Aggressionen und imperialistische Ziele eindämmen.

Selbstlobend sieht Schröder unser Land und unsere Gesellschaft in Gefahr, weil er den tollen Hecht seinesgleichen in der hiesigen Politik nicht erkennen kann, der - wie er heldenhaft mit seiner Agenda 2010 -

auch das Risiko nicht scheut, seine Kanzlerkarriere und die nahe Zukunft seiner Partei selbstlos aufs Spiel zu setzen. „Ich Sorge mich um die Zukunft unseres Landes“ beginnt er zunächst staatsmännisch zu vernünfteln, um sodann in einen hemmungslosen Populismus abzugleiten, ganz im Stile des gesinnungsverwandten Ehepaars von der Saarschleife. So machte er sich über die hohen Kosten für den Wiederaufbau der von seinem Freund zerstörten Ukraine her, wo doch hierzulande erst einmal „beschädigte Brücken“ und „renovierungsbedürftige Schulen“ instand zu setzen seien. Die Querfront lässt grüßen – in der AfD Chrupallas wird nicht anders Stimmung gegen die Unterstützung des überfallenen Landes gemacht.

„Russenhass“ und Antisemitismus

Kein Wunder, dass Schröders Ablenkungsmanöver, wir dürften Russland nicht auf ewig dämonisieren, unter den Putinverstehern im Lande auf ein lebhaftes Echo stieß. Besonders hervor tat sich dabei Ex-Spezi Oskar Lafontaine, mit dem sich Schröder unter dem Banner Putins unlängst wieder ausgesöhnt hat. „Der Russenhass sei ebenso verwerflich wie der Antisemitismus“, sendete der zornige alte Mann hochnotpeinliche Klopfschläge aus der weinseligen Provinz. Wenn die berechtigte Empörung über die täglichen Gräueltaten der russischen Terroranschläge auf die ukrainische

Zivilbevölkerung mit Völkerhass oder gar Rassismus verwechselt werden, scheinen sämtliche moralische Alarmsignale durchgeknallt zu sein. Seit Jahren schwingt Lafontaine die Keule von den „doppelten Standards“, wenn russische Verbrechen beim Namen genannt werden, ohne ein ehrliches Wort der Distanzierung gegenüber der Massenmorden des Kreml über die Lippen zu bringen. Demgegenüber wird im Gaza-Krieg umso leichtfertiger in Wagenknechts Blase über den „Völkermord“ an den Palästinensern geklagt. Welchen Antisemitismus meinen Lafontaine & Co überhaupt? Den rassistisch-extremistischen der Nazis, den seiner linken Freunde, die neuerdings hierzulande jüdischen Studierenden den Zugang zu Universitäten versperren oder den muslimisch-arabischer Kampfgefährten, die die Auslöschung des Staates Israels auf ihre Fahnen des Hasses zu schreiben pflegen.